

# Die südkoreanische Innenpolitik 1995/96

Manfred Pohl

## 1 Überblick

Das Jahr 1995 wird sich der südkoreanischen Bevölkerung als Jahr der Katastrophen, der Zusammenbrüche von Bauwerken und politischen Fundamenten einprägen: Im April kamen bei einer Gasexplosion in Taegu 101 Menschen um, im Juni stürzte in Seoul ein Warenhaus ein und begrub mehr als 500 Menschen in den Trümmern. Gegen Jahresende geriet die gesamte politische Struktur ins Wanken: Der ehemalige Präsident Roh Tae-woo gab öffentlich zu, während seiner Amtszeit 500 Mrd. Won „schwarzes“ Vermögen angehäuft zu haben - die meisten Gelder wohl aus Schmiergeldzahlungen; 170 Mrd. Won von diesen 500 Mrd. Won waren als „politische Kriegskasse“ gedacht, also zu Zwecken der Bestechung. Schon lange hatte es Gerüchte gegeben, daß der Expräsident in seiner fünfjährigen Amtszeit Riesensummen auf die Seite geschafft habe, aber das tränenreiche Geständnis vor den Fernsehkameras überraschte selbst die zynischsten Beobachter. Ebenso überraschend aber dürfte die Reaktion der Regierung und der Ermittlungsbehörden gewesen sein: Auf persönliche Anweisung des Präsidenten Kim Young-sam ging die Staatsanwaltschaft gegen Roh vor; auch gegen seinen Vorgänger Chun Doo-hwan nahm die Staatsanwaltschaft Ermittlungen auf, beide Expräsidenten wurden schließlich vor Gericht gestellt. Die Anklage lautete auf Bestechlichkeit im Amt und auf Hochverrat wegen der Niederschlagung des Aufstandes von Kwangju und wegen des Militärputsches, die 1979/80 zur Machtübernahme Chun Doo-hwans (der rechtmäßige Interimspräsident war Choi Kyu-ha) führten.

Präsident Kim Young-sam blieb mit dem harten Vorgehen gegen seine Amtsvorgänger dem Image des Reformers treu, das er seit 1993 gewonnen hatte. Mit der Offenlegung seiner persönlichen Vermögensverhältnisse zwang der Präsident die gesamte politische Elite seinem Beispiel zu folgen. Damit sicherte Kim seine innerparteiliche Position in der Regierungspartei Democratic Liberal Party (DLP), indem er zeigen konnte, daß führende Politiker der alten Democratic Justice Party (DJP), der ehemaligen Regierungspartei, Vermögen angehäuft hatten, die sie nur schwer erklären konnten; selbst einige der engsten Vertrauten Kim Young-sams fingen sich in diesem Netz von Enthüllungen, drei gerade ernannte Minister mußten zurücktreten, aber im großen und ganzen waren die Opfer dieser Sauberkeitskampagne Gegner des Präsidenten. Mitte 1993 kündigte sich an, daß Kim auch gegen mächtige Militärs vorgehen würde, und damit rückte die Möglichkeit näher, daß auch ehemalige Generäle, die das höchste politische Amt Südkoreas innegehabt

hatten, nämlich Chun Doo-hwan und Roh Tae-woo, nicht sakrosankt sein würden. Viele hochrangige Offiziere mußten ihren Abschied nehmen, weil ihnen Korruption und/oder Verstrickung in den Coup von 1979 nachgewiesen werden konnte - beides Straftatbestände, die hinter vorgehaltener Hand auch in Verbindung mit Chun und Roh genannt wurden: 1995 war es soweit, Präsident Kim zog seine Vorgänger wegen eben dieser Vergehen zur Rechenschaft. Voraussetzung für die Verfahren gegen die beiden Expräsidenten war Kims offizielle Neudefinition der Ereignisse von 1979: Sie wurden jetzt vom Präsidenten offiziell als „coupartige Vorfälle“ bezeichnet, nachdem zuvor sowohl Chun als auch Roh die Rechtmäßigkeit ihrer Machtübernahme behauptet hatten. Eine Schlüsselrolle in der Aufhellung der Vorgänge von 1979/80 kam dem damaligen Interimspräsidenten Choi Kyu-ha zu, aber Choi schwieg beharrlich. Beobachter erklärten dieses Schweigen mit dem Versuch Chois, seine schwächliche Haltung gegenüber dem Druck der Militärs zu vertuschen: Er war am 8. August 1980 zurückgetreten, obwohl er erklärt hatte, mindestens bis 1981 im Amt zu bleiben (*Korea Newsreview* (KNR), 2.12.95:11, 16.12.95:8/9).

Die Verhöre Roh Tae-woos offenbarten ein Netz von Korruption, das auch in Südkorea nicht für möglich gehalten worden war: Führende Manager fast aller großen Unternehmenskonglomerate (*Chaebol*) schienen verwickelt; vor allem wurden aber auch Spitzenpolitiker schwer belastet: Roh gab an, 10 Mrd. Won an den früheren Regierungschef Kim Jong-pil weitergeleitet zu haben, was dieser heftig bestritt. Schließlich mußte sogar Oppositionsführer Kim Dae-jung zugeben, daß er 2 Mrd. Won von Roh Tae-woo für seinen Präsidentschaftswahlkampf erhalten hatte. In seiner Neujahrsansprache 1996 gab auch Präsident Kim indirekt zu, daß er „vor seiner Präsidentschaft“ Gelder von „Unterstützern“ erhalten habe, um den Wahlkampf 1992 zu finanzieren. Nähere Angaben über die Quelle und die Höhe der Spenden machte Kim nicht und löste damit Spekulationen aus. Kim Dae-jung behauptete, der Präsident habe aus Rohs Schwarzgeldkassen weit mehr Mittel erhalten als er (KNR, 13.1.96:7). Für Präsident Kim war das Eingeständnis Kim Jong-pils eine willkommene Schwächung seines ehemaligen Parteifreundes, denn dieser hatte nach Auseinandersetzungen mit Kim Young-sam über das Ausmaß der Antikorruptionskampagnen die DLP verlassen und eine eigene Partei, die United Liberal Democrats (ULD), gegründet, die in den ersten Lokalwahlen vom 25. Juni 1995 immerhin 10,8% der Stimmen erringen konnte. Der Ausgang dieser Lokalwahlen ließ sich nur als Schlappe für Kim Young-sam deuten: Seine Partei, die DLP, errang nur 33,8% der Stimmen, dicht gefolgt von der Democratic Party Kim Dae-jungs, die 30,5% erhielt; 24,9% der Stimmen gingen an Unabhängige, die aber größtenteils der DLP nahestanden. Die DLP errang nur fünf der 15 Gouverneursposten und Bürgermeisterämter in großen Städten, die Democratic Party errang vier Spitzenposten, darunter den Posten des Bürgermeisters von Seoul; auch die ULDP konnte vier

Gouverneursposten erringen, zwei Posten gingen an Unabhängige (s. unten). Der Wahlausgang war auch ein Signal, daß die Popularität des Präsidenten gelitten hatte, viele Wähler vermißten die tiefgreifenden Strukturreformen in der Politik, während Kim sich mit spektakulären Enthüllungen aufhielt und den Reformeifer vor allem gegen ehemalige Spitzenpolitiker und vergangene Skandale richtete. Das Image des Präsidenten nahm auch Schaden, als bekannt wurde, daß sein Sohn angeblich in der Regierung (ohne offizielles Amt) übermächtigen Einfluß ausübte; Kritiker behaupteten, die Besetzung vieler Regierungsämter laufe unter seinem Einfluß ab (Hahm Chai-bong, „Future Korea Political Reform Drive“, in: *Korea Focus*, Jan./Febr. 1996:5-11).

In der Mitte seiner fünfjährigen Amtszeit zeigte sich der Präsident weiterhin als Staatschef, der in sein Kabinett wenig Kontinuität bringen konnte, Rücktritte von Ministern häuften sich. Den Anfang machte im Februar der stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Wiedervereinigungsfragen, Kim Deak, er mußte wegen Korruptionsvorwürfen seinen Hut nehmen. Der Nachfolger Rha Woong-bae war der fünfte Wiedervereinigungsminister in weniger als zwei Jahren. Im Mai trat die Erziehungsministerin Kim Sook-he zurück, nachdem sie in einem Interview die südkoreanischen Soldaten, die im Vietnamkrieg eingesetzt waren, als „Söldner“ bezeichnet hatte. Frau Kim war eine der wenigen Frauen in der südkoreanischen Politik; ihr Scheitern bedeutete einen schweren Rückschlag für die ohnehin schwache Rolle, die Frauen in Südkoreas Politik spielen. Arbeitsminister Lee Hyung-koo trat wegen Korruptionsvorwürfen zurück; im Oktober 1995 mußte der Minister für Verwaltungsangelegenheiten Suh Suk-jae gehen, weil er öffentlich mitgeteilt hatte, daß ein früherer Präsident ihn ersucht hatte, die „schwarzen Kassen“ politischer Schmiergelder in ordentliche Bankkonten umzuwandeln. Eine weitere Überraschung brachte Kim Young-sam der Öffentlichkeit, als er einen ehemaligen Sympathisanten früherer Militärregimes, Kim Yoon-hwan, zum Vorsitzenden der DLP ernannte.

## 2 Entwicklungen in den Parteien Südkoreas

### 2.1 Personelle und organisatorische Veränderungen in der Opposition

Auch Oppositionsführer Kim Dae-jung war für eine Überraschung gut: Entgegen seiner feierlichen Versicherungen, sich für immer aus der aktiven Politik zurückzuziehen, kehrte er auf die politische Bühne zurück. Am 18. Juli gab er bekannt, daß er sich wieder aktiv in die Politik einschalten wolle; deshalb werde er die DP verlassen und eine eigene politische Organisation ins Leben rufen. In seiner Ankündigung sprach er „von dem Bedauern und dem Schmerz“, den er angesichts des Bruches seiner feierlichen Verabschiedung aus der Politik von 1992 empfinde. Die DP sei in Faktionskämpfe verstrickt, Parteichef Lee werde

von Präsident Kim nicht mehr als Dialogpartner akzeptiert - eine neue Partei sei nötig (KNR, 22.7.95:9). Noch im Juli gründete er den National Congress of New Politics (NCNP) als seine „Hauspartei“. Damit spaltete er die Democratic Party, die er vorher aus dem Hintergrund gesteuert hatte; die Rest-DP wurde unter Lee Ki-taek zu einer unbedeutenden Randgruppe im Parlament, nachdem 54 von 96 DP-Abgeordneten sich der NCNP angeschlossen hatten. Die Hoffnung, über Seouls Bürgermeister Cho Soon, ein ehemaliger Präsident der südkoreanischen Nationalbank, den Stadtrat der Hauptstadt kontrollieren zu können, erfüllte sich für den NCNP nicht: Obwohl Cho Soon nachdrücklich von Kim Dae-jung unterstützt worden war, löste er sich Ende 1995 von seinem Partner und verfolgte einen unabhängigen Kurs. Symptomatisch für diesen Wechsel war Chos Teilnahme an einer Kabinettskonferenz unmittelbar nach der Wahl; Chos Vorgänger waren stets vom Präsidenten ernannt worden, eine Teilnahme an den Kabinettsitzungen konnte also nicht als Möglichkeit gesehen werden, daß vertrauliche Informationen zur Opposition durchsickerten. Cho nutzte seine Teilnahme an der Kabinettsitzung, um die Regierung aufzufordern, Seoul bei der Beseitigung von Schäden durch die Baukatastrophen des Jahres zu helfen (KNR, 8.7.95:5).

Präsident Kim Young-sam suchte mit Beginn der zweiten Hälfte 1995 nach Ausgleich zwischen den politischen Lagern. Im August, anlässlich der 50-Jahr-Feiern der nationalen Befreiung, lud er eine Reihe von „elder statesmen“ in den Präsidentenpalast, darunter auch seinen alten Kampfgefährten und späteren Erzrivalen Kim Dae-jung; ULD-Chef Kim Jong-pil nahm an dem Empfang nicht teil. Mit der Einladung an Kim Dae-jung machte Präsident Kim öffentlich deutlich, daß er ihn als Kontrahenten und Dialogpartner in der Opposition anerkannte, diese Rolle hatte er dem DP-Chef Lee nie zugebilligt (KNR, 26.8.96:6).

## 2.2 Reformen in der Regierungspartei: Aus der DLP wird die New Korea Party

Als Reaktion auf die Niederlage in den Regional- und Kommunalwahlen machte sich Präsident Kim Young-sam an eine grundlegende Reform der DLP: Neuer Generalsekretär wurde Kim Yoon-hwan, vorher Staatsminister für politische Grundsatzfragen; er ersetzte Kim Deog-ryong, der nach der Niederlage seine Rücktrittsabsichten bekanntgemacht hatte. Kim Yoon-hwan gehörte nicht zum engeren Parteizirkel um den Präsidenten, so daß durchaus von einer Machtverlagerung in der Regierungspartei gesprochen werden konnte. Die Mehrheitsfraktion in der DLP wird von alten Gefolgsleuten Chun Doo-hwans und Roh Tae-woos gestellt, die stets als geheime Gegner des Präsidenten Kim gelten konnten - sie wollten jetzt eine vollständige „Buße“ der Partei für die Niederlage in den Wahlen. Der neue Generalsekretär stammt aus der „TK-

Region“ (Taegu-Kyongbuk), wo die DLP eine besonders herbe Niederlage einstecken mußte. Die Personalentscheidung unterstrich, daß Kim die Einheit der Partei als erste Priorität betrachtete (KNR, 8.7.95:4).

Schon in den Wahlkämpfen für die Kommunal- und Regionalwahlen war deutlich geworden, daß Kim Dae-jung in die aktive Politik zurückstrebte. Die Situation innerhalb der DP schien günstig, denn viele Parteimitglieder machten den DP-Chef Lee Ki-taek dafür verantwortlich, daß die Partei nicht noch mehr Posten erobern konnte: Lee habe sich zu sehr in die Nominierung von DP-Kandidaten eingemischt und damit die Chancen populärer Bewerber vergeben. In Kyonggi z.B. drückte Lee einen Kandidaten durch, der nicht von Kim Dae-jung gestützt wurde; sogar gegen die Kandidatur Cho Soons in Seoul hatte Lee opponiert. Der Grund für solche Konflikte war offenkundig: Lee sah, daß Kim Dae-jung wieder in die Politik wollte, nachdem er zuvor seinen „Abschied für immer aus der Politik“ feierlich versprochen hatte - eine Konfrontation Lee-Kim war fast unvermeidlich (KNR, 8.7.95:7). Die Niederlage erschwerte auch Präsident Kims Kampagne gegen Korruption, denn es gab starke Gruppen in der DLP, die der Ansicht waren, die Antikorruptionskampagne Kims gehe zu weit (KNR, 15.7.95:6).

Im August 1995 folgte eine weitere Runde personeller Veränderungen in der DLP, die Parlamentswahlen kündigten sich an, und Kim wollte mit einer erneuerten DLP in die Wahlen gehen. Auf dem Parteitag der DLP wurde der gerade ernannte Generalsekretär Kim Yoon-whan zum Vorsitzenden der DLP gewählt, d.h. zur Nr. 2 nach dem Präsidenten in der Partei; zum Generalsekretär ernannte Präsident Kim den relativ jungen Kang Sam-jae (43), um einen bevorstehenden Generationswechsel in der Partei zu unterstreichen. Mit Generalsekretär Kang balanciert Kim die „Minju“-Faktion, also die Mehrheitsfaktion in der DLP, gegen die „Minjong“-Minderheitsfaktion aus, der Parteivorsitzender Lee angehört; die „Minjong“-Gruppe gilt als konservativ, die „Minju“-Gruppe als reformorientiert. Präsident Kim konnte mit diesen Personalentscheidungen sicherstellen, daß er allein (nach Änderung der Parteistatuten) die letzte Entscheidung über die Auswahl von Kandidaten für die Parlamentswahlen hatte. Hauptaufgabe aller neuen Parteifunktionäre war die Wiederherstellung der innerparteilichen Einigkeit, denn nach der Wahlschlappe vom Juni war die DLP tief gespalten. Beobachter werteten die Personalentscheidungen Präsident Kims als Signal, daß der Präsident seinen Reformeifer dämpfen würde und sich den konservativen Kräften annähern würde, die aus den autoritären Regimes der Vergangenheit noch in der DLP überlebt hatten - und beträchtlichen Einfluß ausüben konnten. Zugleich sollte die Verjüngung der Führung auch ein Schlag gegen Politiker wie Kim Dae-jung und Kim Jong-pil sein, denn in den folgenden Kampagnen sprachen DLP-Politiker immer wieder diese beiden an, wenn es um die „Verjüngung der Politik“ ging (KNR, 26.8.95:9).

Der November 1995 brachte einen weiteren, eher kosmetischen Reformversuch in der DLP: Mitten im öffentlichen Aufruhr um eine strafrechtliche Verfolgung der beiden Expräsidenten wurde der Name der Regierungspartei von DLP in „New Korea Party“ geändert. Präsident Kim wollte auch mit dieser Maßnahme unterstreichen, daß er sich von der gemeinsamen Vergangenheit mit Roh Tae-woo lösen wollte, immerhin hatte er 1993 seine „Oppositionspartei“ mit der Regierungspartei Rohs fusioniert. Vor den Parlamentswahlen konnte die NKP einen personellen Neuzugang begrüßen, der dem Image der Regierungspartei neuen Glanz verlieh: Nach intensivem Werben Präsident Kims schloß sich der ehemalige Ministerpräsident (1993) Lee Hoi-chang der NKP an. Lee war als Regierungschef zurückgetreten, nachdem einige Minister seines Kabinetts über seinen Kopf hinweg - mit Billigung des Präsidenten - direkt Kontakte zu Kim Young-sam aufgenommen hatten. Während seiner Amtszeit hatte sich Lee einen Ruf als Verfechter von Recht und Ordnung und als Kämpfer gegen die Korruption erworben; viele politische Beobachter sehen in ihm einen möglichen Nachfolger Kim Young-sams (KNR, 27.1.96:6).

Auf dem NKP-Parteitag im Mai 1996 rückte Lee in die wichtigste Führungsposition nach Kim Young-sam als Vorsitzender der Partei. Sein Vorgänger Kim Yoon-whan hatte seinen Rücktritt eingereicht, um dem Präsidenten freie Hand für die Ernennung einer neuen Führungsmannschaft zu geben. Mit der Ernennung Lees unterstrich Kim Young-sam erneut seine Entschlossenheit, die Partei straff zu führen; Beobachter sehen in Lee zwar einen vielversprechenden Anwärter auf die Nachfolge Kims, aber Lee selbst hat betont, er habe keine Ambitionen. Durch seine Ernennung verhinderte Kim, daß Politiker, die sich Chancen auf eine Präsidentschaftskandidatur ausrechnen, um diesen Posten einen Konkurrenzkampf führen. Drei andere Schlüsselpositionen in der Partei wurden ebenfalls mit engen Vertrauten des Präsidenten besetzt: NKP-Fraktionsführer im Parlament wurde der Abgeordnete Suh Chung-won, für politische Grundsatzfragen in der NKP ist jetzt Lee Sang-deuk zuständig (KNR, 11.5.96:6). Die Aufgaben des neuen Parteichefs: Einigkeit in der Partei vor den Präsidentschaftswahlen 1997 herzustellen und Auseinandersetzungen zwischen möglichen Kandidaten wie Kim Yoon-whan (voriger NKP-Vorsitzender), Lee Hoi-chang und Wahlkampfmanager Park Chan-jong zu unterbinden. Ein weiteres schwieriges Problem für Lee sind die Verhandlungen mit den Oppositionsparteien über Gesetzesvorhaben und parlamentarische Arbeit; hier könnte es Probleme geben, da Lee zwar Ministerpräsident war, aber zum erstenmal einen Parlamentssitz hält. Selbst NKP-Politiker sehen die Gefahr, daß die Oppositionsführer Lee nicht als gleichwertigen Dialogpartner akzeptieren (KNR, 11.5.96:7).

### 3 Die Kommunal- und Regionalwahlen 1995: Schlappe für die Regierungspartei

Zum erstenmal nach 34 Jahren hatten Südkoras Bürger am 27. Juni 1995 die Möglichkeit, Gouverneure und Bürgermeister in Provinzen und autonomen Großstädten direkt zu wählen. Die Wahlzettel wurden zu Denkkzetteln für die Partei des Präsidenten: Die Democratic Liberal Party (DLP) brachte ihre Kandidaten in nur fünf der 15 Großstädte und Provinzen durch (siehe Tabelle); besonders schmerzlich war die Schlappe in Seoul, wo der Kandidat der größten Oppositionspartei Democratic Party (DP), Cho Soon, siegte. Cho ist kein Oppositionspolitiker „der ersten Stunde“, sondern er stand früher der Regierungspartei nahe, als früherer stellvertretender Ministerpräsident. Die Niederlagen der DLP setzten sich auch in kleineren Gebietskörperschaften fort, wo Bürgermeisterposten und Vertretungen in den Stadtverordnetenversammlungen deutlich an Unabhängige oder Kandidaten der Opposition gingen. Die DP dominierte in vier Regionen: in Seoul, Kwangju sowie in den Provinzen Süd- und Nord-Cholla. Die United Liberal Democrats (ULD) Kim Jong-pils siegten erwartungsgemäß in ihrer regionalen Hochburg Taejon und der umliegenden Provinz Süd-Chungchong; Unabhängige eroberten den Bürgermeisterposten von Taegu und den Gouverneursposten der Insel Cheju. Von 230 Posten kleinerer Gebietskörperschaften (Städte, Kreise, Stadtteile von Großstädten) gewann die DLP 71, die DP erreichte 83 Posten, die ULD 23, 52 Posten fielen an Unabhängige. In Seoul stellt die DP nicht nur den Bürgermeister, sondern auch die Verwaltungschefs in 23 der 25 Stadtteile. Die Ergebnisse für die DLP in Stadtverordnetenversammlungen, Kreistagen usw. waren etwas besser: Von den 875 Mandaten, die zu vergeben waren, errang die DLP in sieben Regionen die Mehrheit, auch dort, wo z.B. die ULD die Gouverneure und Bürgermeister stellen kann, d.h. in Kangwon und der Provinz Nord-Chungchong. Die oppositionelle DP wurde Mehrheitspartei in Kwangju, Süd- und Nord-Cholla, die ULD gewann in Taejon und Süd-Chungchong (*Korea Herald* (KH), 28.6.95; KNR, 1.7.96:4-7).

Die beiden Oppositionsparteien DP und ULD durften sich als Gewinner der Wahlen fühlen und verkündeten unmittelbar nach Bekanntgabe der Ergebnisse, daß sie auch in der nationalen Politik enger zusammenarbeiten wollten; wie die Ergebnisse der Parlamentswahlen zeigten, hat diese Zusammenarbeit aus der Euphorie der erfolgreichen Regionalwahlen heraus keine überzeugenden Ergebnisse gebracht. Die DLP gestand ihre schwere Niederlage ein und verwies darauf, daß die Wahlen durch ihre Fairneß überzeugten, das Ergebnis also nicht bekrittelt werden könne. Die Niederlage der DLP machte für Präsident Kim Young-sam das Regieren schwieriger, aber in den Monaten nach der Wahl zeigte sich, daß die Opposition nicht zu jener Einigkeit finden konnte, die eine überzeugende politische Alternative zur Regierung der DLP

und Kim Young-sams gebracht hätte. Ein Beispiel für die innere Zerrissenheit der Opposition war die Bürgermeisterwahl in Seoul: Der erfolgreiche Kandidat Cho Soon wurde von der DP und massiv von dem Oppositionsführer Kim Dae-jung unterstützt; nach dem Wahlerfolg ging Cho Soon auf Distanz zu Kim Dae-jung. Die Tatsache, daß der Wahlausgang in vielen Provinzen von örtlichen Rivalitäten bestimmt war, konnte kein Trost für Präsident Kim gewesen sein: Die Wahlergebnisse waren ein deutliches Unmutszeichen gegenüber seiner Regierung. Zumindest in der Theorie war mit dem Wahlausgang eine starke regionale Widerstandsbasis gegen den Präsidenten entstanden: In zehn von 15 Gebietskörperschaften standen jetzt Oppositionelle oder Unabhängige an der Spitze der Administration, alle mit einem überzeugenden Mandat der Wähler ausgestattet - in einem Wahlkampf, der auch gegen die Regierung und letztlich gegen den Präsidenten geführt worden war. Kim Young-sam hatte sich vor Beginn des Wahlkampfes - in den er als Präsident nicht eingreifen darf - durch demonstrative Gesten hinter die Kandidaten der DLP gestellt.

#### Gouverneure/Bürgermeister nach den Kommunal- und Regionalwahlen

Autonome Städte	Partei
Seoul	DP
Pusan	DLP
Taegu	Unabhängiger
Inchon	DLP
Kwangju	DP
Taejon	ULD
Provinzen	
Kyonggi	DLP
Kangwon	ULD
N.-Chungchong	ULD
S.-Chungchong	ULD
N.-Cholla	DP
S.-Cholla	DP
N.-Kyongsang	DLP
S.-Kyongsang	DLP
Cheju	Unabhängiger

Quelle: KNR, 1.7.95:4.

Der Verlauf der Kommunal- und Regionalwahlen warf aber auch ein Licht auf die Schattenseiten südkoreanischer Politik. Vor allem die tiefsitzenden regionalen Feindschaften dominierten von neuem die Wahlkämpfe. Die vol-

le lokale Autonomie, die sich in den Wahlen ausdrücken sollte, wurde in den Wahlkämpfen benutzt, um gegen andere Provinzen zu polemisieren. Rivalisierende Kandidaten beschimpften einander, Spitzenpolitiker wie Kim Dae-jung und Kim Jong-pil heizten in Wahlkampfauftritten regionale Animositäten an; so forderte Kim Dae-jung z.B., „alle Provinzen sollten gleichberechtigt sein“, eine Anspielung darauf, daß traditionell seine Heimat Cholla benachteiligt wurde. 140 Kandidaten wurden wegen Verstoßes gegen das Wahlrecht festgenommen, auch einige erfolgreiche Bewerber mußten die Polizei fürchten. Politiker und Wissenschaftler, die den Wahlausgang kommentierten, kritisierten erstaunlicherweise, daß in den Wahlkämpfen nicht nur örtliche politische Fragen diskutiert wurden, sondern z.B. auch eine Veränderung des politischen Systems vom Präsidialsystem auf ein Kabinettsystem diskutiert wurde; die Vorstellung, nationale politische Fragen ließen sich aus regionalen Wahlen heraushalten, zeugt von einer gewissen politischen Unerfahrenheit auch der „Spezialisten“ (KNR, 1.7.96; Lee Hyung, „Local Elections Mark Return of Regionalism“, in: *Korea Focus*, July/August 1995:5-13; „Ruling Party's Defeat in Local Elections“, Leitartikel *Chosun Ilbo*, 29.6.95, in: ebd.:141-143).

#### 4 Politische Schwächung des Militärs geht weiter

Südkoreas erster frei gewählter, ziviler Präsident hat sich den Kampf gegen Korruption in der höchsten Militärführung seit 1993 zum besonderen politischen Ziel gesetzt. In bisher nicht gekanntem Ausmaß bekam die militärische Führung zu spüren, daß der Präsident entschlossen war, sich gegen die machtgewohnten Generäle durchzusetzen. Die Entlassung einer Reihe hoher Militärs markierte zwar einen eindrucksvollen Beginn der Säuberungen in der Armee, aber eine Entpolitisierung der Streitkräfte ist nur zu erreichen, wenn die engen Verflechtungen zwischen Militär, Politik und Wirtschaft aufgebrochen werden. Der erste Durchbruch wurde 1995 durch die Zerschlagung der sog. „hanahoe“-Gruppe in der Armee erreicht. Der Name der Gruppe läßt sich ungefähr mit „Kreis der Unbeirrten“ übersetzen. Unter den zahlreichen militärischen Faktionen war die „hanahoe“ vielleicht die einflußreichste, obwohl sie jahrzehntelang nur Eingeweihten bekannt war. Sie wurde 1964 von dem späteren General Chun Doo-hwan als Bruderschaft an der Militärakademie gegründet und umfaßte ca. 20 Offiziere, die 35 Jahre später alle zusammen mit Chun an dem Putsch gegen Choi Kyu-ha beteiligt waren. Förderer der Gruppe war Präsident Park Chung-hee, der die Gruppe als Gegengewicht zu Generälen der alten Schule benutzte, die ihm nicht vollständig ergeben waren: „hanahoe“-Mitglieder wurden außer der Reihe befördert, erhielten Schlüsselkommandos und sicherten durch ihre Loyalität die Herrschaft Parks. Nachdem Chun sich zum Präsidenten gemacht hatte, stiegen diese Militärs in hohe Positionen als Politiker der Regierungspartei, als Ministerialbeamte und

natürlich in der Armee auf. Zyniker nannten die beiden Regierungen Chuns und Rohs die „hanahoe“-Republiken.

Der innere Kreis der Armeeführung, ca. 200 Generäle und Admiräle, stellte zwei Präsidenten, 123 Heeresgeneräle und mindestens zehn Abgeordnete in der Nationalversammlung. Die „hanahoe“-Gruppe war in diesem inneren Kreis die eigentliche Führungsclique. 16 Jahre nach Gründung der Gruppe stehen die meisten vor Gericht: Gegen 16 der 20 Generäle ermittelte die Staatsanwaltschaft wegen ihrer Beteiligung an der blutigen Niederschlagung des Aufstandes von Kwangju im Mai 1980. Angeklagt sind zwei Klassenkameraden Chuns von der Militärschule neben einer Vielzahl hoher Militärs, die 1979 als Verbündete Chun zur Macht verhalfen. Dabei verletzten sie eine ganze Serie von Dienstvorschriften der Armee, teilweise so gravierend, daß sie mit der Anklage des Hochverrats rechnen müssen: Truppen wurden ohne Befehl von der Grenze nach Seoul verlegt, loyale Kommandeure wurden kaltgestellt, und schließlich wurde der zivile Widerstand gegen die militärische Machtergreifung beim Aufstand von Kwangju gewaltsam niedergeschlagen.

Nach dem Ende der Präsidentschaft Roh Tae-woos 1993 und der Übernahme der Präsidentschaft durch Kim Young-sam wurde unerwartet deutlich, daß der neue zivile Präsident bereit war, ein hohes Risiko einzugehen und den Einfluß der „hanahoe“ zu zerschlagen. Kurz nach seiner Vereidigung entließ Kim Young-sam zwei hochrangige Generäle, beides „hanahoe“-Mitglieder; es handelte sich um den Stabschef des Heeres und den Kommandeur des mächtigen militärischen Sicherheitsdienstes (Defence Security Command). An die Spitze des Verteidigungsministeriums berief Kim dann einen Exgeneral, der selbst Mitglied der „hanahoe“ war und nun - ausgestattet mit dem Vertrauen des Präsidenten - die Säuberungen von „hanahoe“-Offizieren vorantrieb (KH, 9.3.96). 1995/96 läßt sich feststellen, daß die Armeeführung nicht mehr von „hanahoe“-Militärs gestellt wird, zumindest in diesem Bereich hatten die Reformbemühungen Kims Erfolg. Die Strafverfolgung der „hanahoe“-Offiziere wurde durch das Sondergesetz möglich, das Präsident Kim eigens für die strafrechtliche Verfolgung seiner Vorgänger Chun und Roh in Kraft gesetzt hatte (KH, 6.3.96). Geheimgruppen innerhalb des Militärs werden jetzt offenbar rigoros verfolgt: Im August 1995 wurden zwei Offiziere aus der Armee entlassen, die in einer geheimen militärischen Gruppierung darauf hinarbeiteten, die Regierung zu einer härteren „Nordpolitik“ angesichts der nordkoreanischen Bedrohung zu bewegen; alle Gruppenmitglieder waren grundsätzlich der Ansicht, die „linken Kräfte“ in Südkorea seien zu stark geworden. Die zwei Gründungsmitglieder der Geheimorganisation, ein Brigadegeneral aus dem Generalstab und ein Commander der Marineinfanterie, wurden entlassen, weil sie gegen das Verbot geheimer Gruppierungen in der Armee verstoßen hatten; ein Verfahren wegen Verschwörung zum Umsturz wurde jedoch nicht eröffnet (KH, 19.1.96).

## 5 Prozesse gegen Chun Doo-hwan und Roh Tae-woo: Vergangenheit vor Gericht

Eine eher beiläufige Bemerkung löste die Jahrhundertprozesse gegen zwei ehemalige Präsidenten aus: Der Minister für Verwaltungsangelegenheiten Seo Seok-jai hatte vor der Presse gesagt, daß „einer von zwei früheren Präsidenten“ riesige Summen auf einem Schwarzgeldkonto gehortet habe; Präsident Kim, zu dessen engen Vertrauten Seo gehörte, entließ den Minister sofort, aber die Sensation war da. Seo hatte zu Reportern gesagt, ein Repräsentant eines früheren Präsidenten habe ihn ersucht, dafür zu sorgen, daß die Schwarzgeldkonten im Rahmen eines Handels legalisiert werden sollten. Der Vorschlag lautete, die Hälfte der Schwarzgelder an die Regierungspartei zu zahlen, wenn der Konteninhaber (Chun oder Roh) wegen der anderen Hälfte nicht belangt würde. Der Kontoinhaber hatte in jedem Fall gegen einen Präsidentenerlaß Kims verstoßen, der seit 1993 vorschrieb, daß Bankguthaben nur unter dem echten Namen des Kontoinhabers geführt werden dürfen; der ehemalige Präsident aber hatte natürlich seine Konten unter falschem Namen geführt (KNR, 12.8.95:6). Nach dem Präsidentenerlaß werden 60% von Guthaben, die unter falschem Namen gehalten werden, als Strafgebühr fällig, und 97% der Zinsen werden als Steuern auf alle Guthaben erhoben, die bis 12.8.1998 nicht deklariert werden. Die koreanische Öffentlichkeit fragte sich, welcher der beiden Expräsidenten gemeint sein könnte; immerhin hatte Chun Doo-hwan, bevor er in sein „inneres“ Exil in ein buddhistisches Bergkloster ging, dem Staat 13,9 Mrd. Won aus seiner „Kriegskasse“ für Wahlen zurückerstattet (ebd.).

Es folgten Wochen wilder Spekulationen, bis Roh Tae-woo schließlich am 27. Oktober öffentlich zugab, daß er während seiner Amtszeit 1988-93 riesige Summen an schwarzen Geldern aus Spenden großer Unternehmen zusammengegrafft hatte; er bezeichnete sie als „Regierungsfonds“, aber Präsident Kim wurde deutlicher: Die 500 Mrd. Won, die genannt wurden, seien „illegal beschaffte Mittel“; er versicherte, der Fall werde rückhaltlos aufgeklärt. Damit war auch klar, daß Kim alle Zuwendungen von Großunternehmen an Politiker untersuchen lassen würde - Unruhe machte sich in politischen Kreisen breit. Kim selbst geriet auch ins Zwielficht: Gelder aus Rohs „Kriegskasse“ waren auch in sein Lager geflossen, jedoch - so Kim - nie direkt an ihn, sondern nur an die Kasse der DLP. Sein Gegenspieler in der Opposition dagegen, Kim Dae-jung, gab unumwunden zu, daß er von Roh Tae-woo Mittel für seinen Präsidentschaftswahlkampf erhalten hatte.

Vom 1. November an sagte Roh vor der Staatsanwaltschaft aus: Mehr als 50 Großunternehmen sollen Spenden an den Expräsidenten gegeben haben. Er bestritt jedoch nachdrücklich, solche Beträge als Bestechungsgelder für Rüstungsbeschaffungen oder für den Bau der Schnellbahn Seoul-Pusan

erhalten zu haben (KNR, 4.11.95:7). Im Laufe der Untersuchungen wurde jedoch deutlich, daß bei militärischen Beschaffungsprogrammen - vor allem bei der Beschaffung von 120 F-16-Jagdflugzeugen von General Dynamics - kräftig geschmiert wurde: Der frühere Verteidigungsminister Lee Jong-koo und zehn hochrangige Militärs wurden 1993 wegen Bestechlichkeit im Amt bestraft (KNR, 2.12.95:7).

Im Laufe der Untersuchungen wurde klar, daß erhebliche Summen dieser Gelder auch im Ausland angelegt worden waren; so hatte Rohs Tochter 200.000 US\$ in verschiedenen kalifornischen Banken deponiert. Am 8. November erreichten die beharrlichen Nachforschungen der Staatsanwaltschaft auch höchste Unternehmensvertreter der *Chaebol*: Vorgeladen wurden Lee Kun-hee (Chairman der Samsung-Gruppe), Koo Cha-kyung (Ehren-Chairman der Gruppe Lucky Goldstar, heute LG), Choi Won-suk (Chairman der Gruppe Dong Ah) und Chung Ju-yung (Gründer und Ehren-Chairman der Hyundai-Gruppe), Kim Woo-choong von der Daewoo-Gruppe und Shin Kyuk-ho (Chairman der Lotte-Gruppe) sollten nach Rückkehr von Auslandsreisen aussagen. Die Staatsanwaltschaft hatte offenbar Beweise für eine Verstrickung allererster Wirtschaftsadressen in die Schwarzgeldaffäre Roh Tae-woos, wenn auch die Anklagevertreter nachdrücklich darauf hinwiesen, daß die Vorladungen keinesfalls Schuldvermutungen bedeuteten. Immerhin aber stellte sich heraus, daß Hyundai und Samsung je 25 Mrd. Won an Roh gezahlt hatten, desgleichen Daewoo (24 Mrd. Won) und Lucky Goldstar (21 Mrd. Won); in allen Fällen konnte nur teilweise strafrechtlich gegen die Unternehmen vorgegangen werden, weil für einen Teil der Zahlungen die Verjährung griff (KNR, 2.12.95:7). Die Einstellung der Großunternehmen zu Zahlungen an Präsidenten wurde in der Aussage des Samsung-Chairman Lee Kun-hee vor der Staatsanwaltschaft deutlich: „Samsung gab solche Gelder ein- oder zweimal im Jahr im Rahmen einer Gepflogenheit, die in der Dritten Republik (d.h. unter Park Chung-hee) eingeführt worden war; wir betrachteten das als eine Art Steuer“ (KNR, 23.12.95:9). Schlüsselfigur in den Beziehungen des Expräsidenten zu Wirtschaftskreisen war Rohs Schwiegersohn Kum Jin-ho, ein DLP-Abgeordneter und ehemaliger Handelsminister, der exzellente Kontakte zu führenden Unternehmern pflegte; die Staatsanwaltschaft vermutete, daß er 80 Mio. Won aus den Schwarzgeldguthaben Rohs auf Konten transferierte, die von der Daewoo- und der Hanbo-Gruppe eingerichtet worden waren, nachdem Präsident Kim 1993 Bankkonten unter falschem Namen verboten hatte. Die Untersuchungen verbreiteten solche Unruhe in Wirtschaftskreisen, daß der größte koreanische Wirtschaftsverband FKI (Federation of Korean Industries) feierlich gelobte, in Zukunft keine illegalen Spenden mehr an Politiker und Parteien zu geben: ein Eingeständnis früherer korrupter Praktiken (KNR, 11.11.95:13).

Aus Sicht Präsident Kim Young-sams reichte der rechtliche Rahmen für eine Abrechnung mit der Vergangenheit in Form der Verfahren gegen Chun und Roh nicht aus. Er stützte sich dabei auf die Ansicht der Staatsanwaltschaft, die die Vorfälle in Kwangju als „politisch“ einstufte und sie so außerhalb der Rechtsprechung stellten. Die Öffentlichkeit war empört, und unter diesem Druck wurde im November ein Entwurf für eine *lex specialis* mit Bezug auf den Coup von 1979 und die Niederschlagung des Aufstandes von Kwangju 1980 vorgelegt (KNR, 2.12.95:6/7). Präsident Kim ging mit der Entscheidung, eine retroaktive *lex specialis* mit dem Ziel zu initiieren, eine Verurteilung seiner Vorgänger im Amt zu erreichen, ein Risiko ein, denn Chuns Kommentar, ein solches retroaktives Gesetz verstoße gegen die Verfassung, war nicht rundweg von der Hand zu weisen; diese Auffassung vertrat übrigens auch die ULD Kim Jong-pils (KNR, 16.12.95:7). Die *lex specialis* wurde am 18. Dezember verabschiedet. Hauptpunkt des Gesetzes: Die Verjährungsfrist von 15 Jahren wird ab 1993 gezählt, also nach dem Ende der Präsidentschaft Roh Tae-woos; für die Jahre 1979-93 wurde die Verjährung ausgesetzt. Diese Aussetzung wird möglich, weil nach Maßgabe des neuen Gesetzes in Zukunft Hochverrat, Meuterei und Massentötung keiner Verjährung mehr unterliegen. Staatsrechtler sind sehr skeptisch: Dieses retroaktive Gesetz steht zumindest im Widerspruch zur Verfassung (KNR, 23.12.95:8).

Kim vollzog seine Kehrtwendung hinsichtlich einer strafrechtlichen Verfolgung der beiden Expräsidenten als populistischen Schachzug: Nachdem er 1993 das Urteil über die „coupartigen Vorgänge“ von 1979 und die Niederschlagung des Aufstandes von Kwangju 1980 „der Geschichte“ überlassen wollte, beugte er sich jetzt dem öffentlichen Druck - und blockierte damit Angriffe der Opposition; denn jetzt konnte er sich gänzlich von Roh Tae-woo lösen, nachdem er seine Partei mit der damaligen Regierungspartei Rohs vereinigt hatte. Ein Berater Kims gab offen zu, daß dieser Schachzug „die Opposition entwaffnen sollte“, vor allem seinen Erzrivalen Kim Dae-jung (KNR, 2.12.95:10). Kim dagegen sprach von einer „glorreichen Revolution“, mit der auch die letzten Reste des Erbes militärischer Herrschaft beseitigt würden (KNR, 16.12.95:6). Die Staatsanwaltschaft hatte am 3. Dezember die Verhaftung Chun Doo-hwans veranlaßt; jetzt standen beide Expräsidenten nicht nur wegen Bestechlichkeit vor Gericht, die Anklage lautete jetzt auf Meuterei und Hochverrat gegen Chun und Bestechlichkeit gegen Roh, wobei sich die Staatsanwaltschaft auch die Anklage wegen Hochverrat und Meuterei vorbehielt (ebd.). Diese Option wurde bei der endgültigen Anklageerhebung genutzt: Am 21. Dezember erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen Chun Doo-hwan wegen Meuterei; im Januar 1996 wurde auch Bestechlichkeit als Anklagepunkt aufgenommen: Chun soll 1980-88 950 Mrd. Won an Schmiergeldern erhalten haben (KNR, 20.1.96:6/7). Die Anklage gegen Roh Tae-woo lautete auf Meuterei und Bestechlichkeit, insgesamt wurden gegen beide sechs

Anklagepunkte aufgezählt, darunter auch Mord und versuchter Mord sowie die befehlswidrige Entfernung eines Kommandos unter Kriegsrecht (KNR, 30.12.95:11).

## 6 Die Parlamentswahlen 1996: Südkoreas Wähler wollen Stabilität

Am 11. April 1996 waren die südkoreanischen Wähler aufgerufen, die 299 Abgeordneten der Nationalversammlung neu zu wählen. Die Wahlen wurden von den meisten Beobachtern als Votum der Bürger über Präsident Kim Young-sam und seinen Herausforderer Kim Dae-jung gewertet. Beide Spitzenpolitiker mit ihren Parteien zielten darauf, für die nächsten Präsidentschaftswahlen Positionen zu besetzen: Präsident Kim Young-sam, der nicht wieder kandidieren darf, sucht einen Bewerber seiner Wahl, der mit einer bequemen Mehrheit im Parlament regieren soll; Oppositionsführer Kim Dae-jung denkt offenbar an eine erneute Kandidatur für das Präsidentenamt. Die Wahl sollte unterstreichen, daß die Bevölkerung ihn wieder in der aktiven Politik sehen will, ein überzeugendes Wahlergebnis seines National Congress for New Politics (NCNP) wäre ein solches Signal gewesen. So waren die Hauptgegner in den Wahlkämpfen der NCNP und die Regierungspartei New Korea Party (NKP), daneben trat die geschwächte Democratic Party (DP) an, die Kim Dae-jung durch seinen Austritt gespalten hatte. Die United Liberal Democrats (ULD) des ehemaligen Regierungschefs und Verbündeten Kim Young-sams, Kim Jong-pil, der 1995 die NKP verlassen hatte, rundete das Parteienspektrum ab.

In ersten Prognosen des Fernsehens wurde dem NCNP eine vernichtende Niederlage bescheinigt, selbst in Seoul, wo die größte Oppositionspartei eine Hochburg hat, seien zahlreiche Kandidaten durchgefallen, hieß es. Das Fernsehen mußte später seine Horrormeldungen widerrufen, aber die Wahl verlief für den NCNP enttäuschend. Die Regierungspartei NKP errang 139 Sitze, davon 18 über die Parteiliste. Das war zwar nur rund die Hälfte der 253 Kandidaten, die die NKP aufgestellt hatte, aber doch ein Erfolg für Kim und seine Partei. Eindrucksvoll war vor allem das Abschneiden der NKP außerhalb ihrer Hochburgen, auch in Seoul, wo sie die Mehrheit der Sitze errang (27 von 47), und in Nord-Kyonggi an der Grenze zu Nordkorea, wo die Hälfte der Sitze an die NKP fiel (18 von 38). Mit 139 Sitzen hatte die NKP acht Sitze weniger als in der vorigen Nationalversammlung, und elf Mandate fehlten ihr zur absoluten Mehrheit. Aber das wurde schnell durch Unabhängige wettgemacht, die sich mit der NKP verbündeten: Elf Unabhängige liefen zur NKP über und sicherten der Regierungspartei eine Mehrheit von 150 Sitzen. Die Opposition warf der Regierung vor, sie habe mit der Drohung von Steuerprüfungen diesen Seitenwechsel erzwungen (*Süddeutsche Zeitung*, 21.5.96).

Der NCNP konnte außerhalb der Hochburgen Kim Dae-jungs in den beiden Cholla-Provinzen keine überzeugenden Ergebnisse erzielen, besonders enttäuschend war das Abschneiden in Seoul. Zwar vergrößerte sich die NCNP-Fraktion in der Nationalversammlung um 27 Sitze, aber mit insgesamt 79 Mandaten bleibt die Partei weit hinter ihren Hoffnungen auf 100 Mandate zurück. NCNP-Chef Kim Dae-jung verfehlte auf seinem Listenplatz 14 den Einzug in das Parlament und war auf den Verzicht eines anderen erfolgreichen NCNP-Kandidaten auf der Liste angewiesen, eine schwere persönliche Niederlage, die zweifellos Auswirkungen auf eine Präsidentschaftskandidatur haben wird. Kim hatte in mehreren Reden sein persönliches politisches Schicksal von dem Abschneiden des NCNP in Seoul und der umliegenden Provinz Kyonggi abhängig gemacht, wohl in der Annahme, daß die Hauptstadtregion für ihn eine sichere Hochburg sei (KNR, 20.4.95:10).

Die meisten der vom NCNP errungenen Sitze gingen zu Lasten der Democratic Party, der Kim früher angehörte: Die DP errang nur 15 Sitze und bleibt damit unterhalb des Fraktionsstatus im Parlament. Das Abschneiden der DP war als Signal betrachtet worden, wie weit sich Südkoreas Politik von dem Einfluß der „großen Bosse“ lösen kann - offenbar noch nicht (KNR 13.4.96:8). Auffällig war das vergleichsweise gute Abschneiden von Kim Jong-pils ULD: Auch außerhalb der ULD-Basis im Nordwesten des Landes konnte die Partei Wähler anziehen, denen die Reformen zu weit gehen und die ein härteres Vorgehen gegen angeblich pronordkoreanische Dissidentengruppen wollen. Die ULD errang 50 Mandate, 19 mehr als in der vorigen Nationalversammlung, und wurde damit zur zweitgrößten Oppositionskraft im Parlament. Die Opposition bleibt zerstritten: Die DP wird kaum mit dem NCNP kooperieren und könnte sich stärker der NKP annähern; es bleibt abzuwarten, ob ULD und NCNP zu Verbündeten werden, dann könnte das Regieren für Kim Youngsam schwieriger werden. Die Ergebnisse im einzelnen:

	Direktmandate	Listenmandate	Gesamt	Vor den Wahlen
New Korea Party	121	18	139	150
NCNP	66	13	79	55
ULD	41	9	50	32
DP	9	6	15	37
Unabhängige	16	-	-	14

Quelle: KNR, 13.4.96:6/7; *China and North Asia Monitor*, vol.3, no.5, May 1996:10.

Entscheidend für den Wahlausgang war nicht so sehr der laufende Prozeß gegen Roh Tae-woo und Chun Doo-hwan, auch Kim Dae-jungs Eingeständnis, von Roh finanzielle Wahlkampfhilfe erhalten zu haben, war nicht ausschlag-

gebend; vielmehr haben sich Südkoreas Wähler angesichts nordkoreanischer Drohgebärden (Einmarsch in die entmilitarisierte Zone kurz vor den Wahlen) offenkundig für Stabilität und Einigkeit entschieden, zwei Forderungen, die man eher mit der NKP als mit dem NCNP verband. Nicht einmal die Verhaftung eines engen Mitarbeiters des Präsidenten wegen Korruption nur wenige Tage vor der Wahl wirkte sich wirklich negativ auf das Ergebnis der NKP aus. Ein weiteres entscheidendes Moment bei der Stimmabgabe war wiederum der schier unüberwindliche Regionalismus: Kim Dae-jungs NCNP errang in der Region Cholla, seiner Heimat, alle Sitze bis auf einen, die NKP eroberte die Region um Pusan (Kim Young-sams Heimat), und die ULD siegte vor allem auf Kosten der NKP in der Region Taegu-Kyongbuk, der Heimat der beiden inhaftierten Expräsidenten Roh und Chun (8 von 13 in Taegu, 2 von 19 in Nord-Kyongsang). Die NKP führte unter Parteichef Lee Hoi-chang besonders in Seoul einen überzeugenden Wahlkampf, der ganz auf die Bekämpfung von Korruption angestellt war. Lee gilt als der führende Bekämpfer von Korruption, und sein Aufruf, Politikern einer neuen Generation von jüngeren, politisch unbelasteten Technokraten eine Chance zu geben, fand in Seoul offenbar ein nachhaltiges Echo. Zumindest im Durchschnittsalter der Parlamentarier zeigt sich eine leichte Verjüngung: Gegenüber der vorigen Nationalversammlung sank das Durchschnittsalter von 54,7 auf 53,9 Jahre (KNR, 13.4.96:8; *Far East Economic Review*, 25.4.96:22/23).

Viele altgediente Politiker hatten sich einem sehr jungen Wählervolk zu stellen: Mehr als die Hälfte aller Wähler war unter vierzig Jahre alt. 55,8% der Wähler gehörten zur Generation der Zwanzig- und Dreißigjährigen, 28,3% der Wähler waren um zwanzig Jahre alt, 27,5% zählten zu den Dreißigern (KH, 7.4.96).

Auch diese Wahlen waren begleitet von den typischen Erscheinungen koreanischer Politik: Kandidaten zogen ihre Kandidatur zurück, wenn ihr Gegner sich „erkenntlich“ zeigte, Parteien verlangten von Kandidaten Geld für die Nominierung. Plötzliche Parteiaustritte und Parteiwechsel waren häufig, die Hochburgen einzelner Politiker und Parteien verwandelten sich in Festungen des politischen Regionalismus. Dennoch waren diese Wahlen zweifellos sauberer als frühere Wahlgänge. Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen harte strafrechtliche Mittel in der Hand, um Kandidatenabsprachen oder Scheinkandidaturen zu unterbinden: Die Aufgabe einer Kandidatur gegen Geldzahlungen kann mit sieben Jahren Haft und 30 Mio. Won Geldbuße bestraft werden (KH, 7.4.96). Schon eine Woche vor dem Urnengang liefen gegen 130 Kandidaten Ermittlungsverfahren, die Vorwürfe lauteten auf Stimmenkauf und illegale Verwendung von Wahlkampfgeldern; aber vor allem wurde auch wegen Nominierungen gegen Geldzahlungen ermittelt, hier war besonders die Opposition im Blick der Ermittler. In Kwangju wurde ein NCNP-Kandidat (Kwangju ist die Hochburg von Kim Dae-jungs NCNP) verhört, weil er der

Partei 400 Mio. Won und zwei Autos für eine Nominierung angeboten haben soll. Die NCNP hatte den Beschuldigten nicht wieder nominiert; gegen seinen Nachfolger läuft ebenfalls eine Ermittlung: Offenbar hatte er „ein höheres Gebot“ abgegeben (KH, 31.3., 4.4.96). In allen Fällen behaupten die Beschuldigten, bei den Zahlungen an die Parteikassen handele es sich um „Sonderbeiträge“ (KH, 2.4.96). Ein ULD-Politiker soll 11,9 Mio. Won aufgewandt haben, um Wählerstimmen zu kaufen; der Sekretär des Kandidaten aus Puchon (westlich von Seoul) wurde verhaftet. Persönliche Diffamierungen von gegnerischen Kandidaten und deren Familien gehören zu den ärgerlichen Begleiterscheinungen koreanischer Wahlen; im Vorfeld der Wahlen wurden drei Kandidaten wegen übler Nachrede verhaftet, gegen 300 liefen Ermittlungen (KH, 5.4.96). Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Wahlkämpfern rivalisierender Kandidaten sind ebenfalls keine Seltenheit (KH, 3.4.96). Gewerkschaften und Bürgerrechtsgruppen, die nach dem Wahlgesetz nicht aktiv in die Wahlkämpfe eingreifen dürfen, bezogen dessenungeachtet Position: Der Nationale Dachverband der Gewerkschaften hatte 20 Kandidaten unterstützt, die sich als „arbeiterfreundlich“ profilierten. Der Verband verfolgte damit konsequent die Beschlüsse des Gewerkschaftstages von 1995, auf dem beschlossen worden war, den Dachverband zu einer „politischen Organisation“ umzubauen (KH, 16.3.96; Yang Ho-min, „Pathology of Political Parties“, in: *Korea Focus*, March/April 1996:20-23).

Unabhängige Kandidaten hatten es in den Wahlen besonders schwer: Das Wahlgesetz verbietet ihnen eigene Großkundgebungen mit Sympathisanten, während Bewerber, die einer Partei angehören, ungehindert solche Veranstaltungen organisieren dürfen. Unabhängige dürfen nur gemeinsam öffentliche Kundgebungen veranstalten, und das auch nur dreimal je Wahlkreis; parteigebundene Kandidaten dürfen sechs verschiedene Flugblätter drucken und verteilen lassen, Unabhängige nur vier. Kritische Beobachter vermuten hinter dieser gezielten Diskriminierung unabhängiger Kandidaten ein abgekartetes Spiel hinter verschlossenen Türen zwischen Regierung und Opposition (KH, 17.3.96). Das Wahlergebnis zeigte jedoch, daß trotz dieser Behinderungen auch unabhängige Kandidaten eine gute Chance haben.

In einer Geste der inneren Aussöhnung traf sich Präsident Kim Young-sam mit Repräsentanten der drei Oppositionsparteien; sie konnten ihre Forderungen und Vorstellungen für weitere politische Reformen mit dem Präsidenten diskutieren. Die wichtigsten Forderungen der einzelnen Parteien im einzelnen:

Kim Dae-jung vom NCNP bot Kim Young-sam im Geist früherer Gemeinsamkeit im Kampf gegen die Herrschaft des Militärs ein gemeinsames Vorgehen bei den Dialogen zwischen Süd- und Nordkorea an. Der Präsident bestritt auf Befragen Kim Dae-jungs, jemals Geld von Roh Tae-woo für seinen Wahlkampf bekommen zu haben; zugleich lehnte der Präsident die Forderung des NCNP-Chefs ab, den Vorsitz der NKP niederzulegen.

Die ULD wiederholten über ihren Chef Kim Jong-pil die Forderung nach einer Verfassungsreform zur Einführung eines Kabinettsystems an Stelle der Präsidialherrschaft - Kim Young-sam lehnte eine solche Verfassungsreform nachdrücklich ab. Sein Argument: Ein Kabinettsystem sei anfällig für Korruption und interregionalen Zwist, dieselbe Auffassung hatte der Präsident auch gegenüber Kim Dae-jung vertreten.

Kim Won-ki von der DP drängte den Präsidenten, darauf hinzuarbeiten, daß der aggressive Regionalismus aus der koreanischen Politik verbannt wird. Kim Young-sam versprach jede Anstrengung zur Überwindung dieser Belastung der Politik (KNR, 27.4.96:6/7).